

Berlin, 30.01.2018

Stellungnahme 1/2018

Koalitionsverhandlungen: Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. fordert Nachbesserungen und die Aufnahme unserer Forderungen in den neuen Koalitionsvertrag

Vier Monate nach der Bundestagswahl und nach Abbruch der Jamaika-Verhandlungen haben CDU/CSU und SPD die Koalitionsverhandlungen aufgenommen. Bis 4. Februar soll noch verhandelt werden.

Im 28-seitigen Sondierungspapier "Ergebnisse der Sondierungen von CDU, CSU und SPD. Finale Fassung" vom 12.01.2018 wird kaum über die Behindertenpolitik geschrieben bzw. aufgezeigt, was verändert und verbessert werden soll. Es ist uns unverständlich, wie die Parteien, mit einer derartigen Missachtung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen in Deutschland, in die Verhandlungen gegangen sind.

Im Namen des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. fordern wir Nachbesserungen dieser Sondierungsergebnisse von CDU/CSU und SPD vom 12.01.2018. Wir fordern ein umfassendes Wunsch- und Wahlrecht und umfangreiche Änderungen am Bundesteilhabegesetz. Die zukünftige Bundesregierung sollte sich zudem stärker für die Umsetzung des Menschenrechts auf Barrierefreiheit und Diskriminierungsschutz einsetzen.

Wir unterstützen ausdrücklich die vierzehn Forderungen des Deutschen Behindertenrates (DBR) anlässlich der Sondierungsgespräche von CDU, CSU und SPD 2018 vom 17.01.2018 sowie die Umsetzung der über 60 dringlichen Handlungsempfehlungen des UN-Vertragsausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13.05.2015. Beides sollte unbedingt auch im neuen Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode eingetragen werden.

Im Sommer 2018 plant der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen eine Frageliste („List of Issues“) an Deutschland zu verabschieden und damit den zweiten Zyklus der Staatenprüfung Deutschlands zu eröffnen. Auch aufgrund dieser erneuten Befragung nach der Lebensqualität behinderter Menschen in Deutschland, muss die deutsche Bundesregierung die Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention endlich mit Nachdruck durchsetzen, um Verbesserungen der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen zu erreichen.

Wir bitten nachdrücklich darum, unsere Forderungen aus dem von uns veröffentlichten Dokument „Unsere Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017 mit Antworten der bundespolitischen Parteien“ vom September 2017 in den neuen Koalitionsvertrag aufzunehmen. Dazu zählen auch die gesellschaftliche Teilhabe betreffenden Bedürfnisse gehörloser und hörbehinderter Menschen, welche in allen Lebensbereichen nicht ignoriert und vergessen werden dürfen.

Wir beobachten mit Sorge die derzeitigen Entwicklungen der Koalitionsverhandlungen und bitten Sie herzlich darum, die Menschen mit Behinderungen in Deutschland nicht zu enttäuschen und mit der Aufnahme unserer Forderungen einen Schritt in die richtige Richtung zu tun.

Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.

Präsidium und Bundeskompetenzzentrum

Prenzlauer Allee 180

10405 Berlin

E-Mail: info@gehoerlosen-bund.de

Internet: www.gehoerlosen-bund.de